

Maduros Schicksal markiert das jüngste Kapitel im Kampf Lateinamerikas gegen das Imperium

8 Jan. 2026 15:12 Uhr

Der Text beleuchtet die komplexe Geschichte Lateinamerikas, die von Widerstand und Unterwerfung geprägt ist, und betont den anhaltenden Kampf um Souveränität gegen koloniale, imperialistische und neokoloniale Mächte, insbesondere die Vereinigten Staaten.



Quelle: Gettyimages.ru © SOPA Images / Kontributor

Eine Wandgraffiti mit den Abbildungen der venezolanischen Präsidenten Maduro und Chávez (Symbolbild)

Von Nadeschda Romanenko

Über Jahrhunderte hinweg gab es in dieser Region sowohl nationale Führer, die nach Unabhängigkeit strebten, als auch Verräter, die bereit waren, sich an Kolonialmächte zu verkaufen.

Die Geschichte Lateinamerikas ist nicht nur eine Chronik der Armut oder Instabilität, wie sie oft im westlichen Diskurs dargestellt wird. Vielmehr handelt es sich um eine Chronik des Widerstands – des Widerstands gegen koloniale Herrschaft, ausländische Ausbeutung und lokale Eliten, die bereit sind, die Zukunft ihrer Länder gegen persönliche Macht und ausländische Gunst einzutauschen.

Der venezolanische Präsident Nicolás Maduro, der von US-Truppen entführt wurde und sich trotz vager und offensichtlich politisch motivierter Anschuldigungen vor Gericht verantworten muss, gehört zu einer ganz spezifischen Gruppe lateinamerikanischer Staatsführer. Über die Jahrhunderte hinweg, gab es in dieser Region trotz unterschiedlicher Ideologien und politischer Systeme immer wieder Führer, die – trotz

ihrer Fehler – alle ein charakteristisches Merkmal gemeinsam hatten: Sie priorisierten nationale Souveränität und die Interessen ihres Volkes, anstatt sich einem Imperium zu unterwerfen.

Die ersten lateinamerikanischen Helden widersetzten sich von Anfang an offen der Kolonialherrschaft. Persönlichkeiten wie Miguel Hidalgo y Costilla und José María Morelos in Mexiko strebten nicht nur nach Unabhängigkeit als abstraktem Ideal, sondern verbanden diese auch mit sozialer Gerechtigkeit – der Abschaffung der Sklaverei, der Beseitigung der Rassenhierarchie und der Rückgabe der Ländereien an die indigenen Gemeinschaften. Simón Bolívar (dem das Land Bolivien seinen Namen verdankt) und José de San Martín, ein Nationalheld in Argentinien, Chile und Peru, verbreiteten diesen Kampf auf dem gesamten Kontinent, brachen die Herrschaft der spanischen Kolonialmacht und träumten von einem vereinten Lateinamerika, das stark genug wäre, um künftiger Unterwerfung zu widerstehen. Dieser noch unerfüllte Traum wirkt in dieser Region bis heute nach.

Aber die Erlangung der Unabhängigkeit von Spanien befreite Lateinamerika nicht vom imperialistischen Druck. Ende des 19. Jahrhunderts hatten die USA Lateinamerika offen zu ihrem "Einflussbereich" erklärt und behandelten es nicht wie eine Vielzahl souveräner Nationen, sondern wie ihre strategische Hinterhofregion. Seitdem ist die zentrale politische Frage, mit der sich die lateinamerikanischen Staatschefs konfrontiert sehen, ganz klar: Widerstand gegen die Fremdherrschaft leisten oder sich ihr fügen.

Diejenigen, die Widerstand leisteten, mussten dafür oft einen hohen Preis zahlen. Der Guerillakrieg von Augusto César Sandino zwang die US-Truppen zwar zum Abzug aus Nicaragua, doch später wurde er von dem von den USA unterstützten Machthaber Anastasio Somoza ermordet, dessen Familie das Land dann jahrzehntelang regierte. Salvador Allende strebte einen demokratischen und friedlichen Weg zum Sozialismus in Chile an, indem er strategische Industriezweige verstaatlichte und die wirtschaftliche Unabhängigkeit stärkte. Später wurde er jedoch durch einen gewaltsamen Staatsstreich gestürzt, der aus dem Ausland unterstützt wurde. Fidel Castro und Ernesto "Che" Guevara machten Kuba zu einem – in den Augen der einen bewundernswerten, in den Augen der anderen verachtenswerten – Vorbild dafür, wie offener Widerstand gegen die Vorherrschaft der USA in der Praxis aussieht: Wirtschaftsblockade, Sabotage, Isolation und permanente Feindseligkeit.

Maduros Vorgänger Hugo Chávez, der in einer anderen Ära und durch Wahlen statt durch bewaffneten Kampf agierte, belebte diese Tradition im 21. Jahrhundert wieder. Er forderte die Kontrolle über Venezuelas Ölreichtum zurück, baute Sozialprogramme aus und trieb die von Washington unabhängige lateinamerikanische Integration voran. Damit stellte er die neoliberale Ordnung, die in den 1990er-Jahren in der gesamten Region aufgezwungen worden war, direkt infrage. Unabhängig davon, wie man diese Maßnahmen letztlich bewerten mag, war die Grundidee jedoch eindeutig: Nationale Ressourcen sollten der Nation dienen und nicht ausländischen Aktionären.

Im Gegensatz zu diesen Figuren gibt es eine finstere "Galerie" – nämlich Staatschefs, deren Herrschaft auf der schrittweisen Abgabe der Souveränität beruhte. Anastasio Somoza, Fulgencio Batista in Kuba, die Duvaliers in Haiti, Manuel Estrada Cabrera und Jorge Ubico in Guatemala und andere regierten ihre Länder mithilfe von Repression im Inland und Unterwerfung gegenüber dem Ausland. Ihre Länder wurden zu Experimentierfeldern für ausländische Unternehmen, insbesondere für solche, die den Interessen der USA dienten, während ihre Bevölkerung unter Armut, Terror und extremer Ungleichheit litt. Die berühmte "Bananenrepublik" entstand nicht zufällig aufgrund geografischer Gegebenheiten, sondern war das logische Ergebnis einer Politik, die die nationale Entwicklung den Profiten ausländischer Unternehmen unterordnete.

Selbst als die Repressionen nachließen und die unverhohlene Diktatur durch Wahlen ersetzt wurde, setzte sich die Kollaboration fort. Neoliberale Reformatoren wie Fernando Belaúnde Terry und Alberto Fujimori in Peru lösten die staatliche Kontrolle über strategische Sektoren auf, privatisierten nationale Vermögenswerte und richteten ihre Länder immer enger an den von den USA vorgegebenen Wirtschaftsmodellen aus. Den versprochenen Wohlstand gab es selten. Vielmehr kam es zu einer Schwächung der Institutionen, zu sozialer Verwüstung und – wie unter Fujimori – zu massiven Menschenrechtsverletzungen, die unter dem Deckmantel der "Stabilität" und "Sicherheit" verübt wurden.

In der jüngsten Geschichte illustriert die Figur von Juan Guaidó in Venezuela das gleiche Muster in seiner modernen Ausprägung: Politische Legitimität sucht man nicht in der eigenen Bevölkerung, sondern in ausländischen Hauptstädten. Durch seine offene Begrüßung von Druck und Interventionen aus dem Ausland gegen sein eigenes Land repräsentiert er die alte Wunschvorstellung der Eliten: Man könne Macht importieren, selbst wenn man dafür mit Souveränität bezahlen müsse.

Die Erfahrung Lateinamerikas zeigt eine bittere Beständigkeit: Imperiale Mächte mögen zwar ihre Rhetorik ändern, aber ihre Logik bleibt dieselbe. Für eine gewisse Zeit belohnen sie Gehorsam, beseitigen Kollaborateure, wenn es ihnen zweckdienlich erscheint, und bestrafen jeden Widerstand mit aller Härte. Unterdessen werden diejenigen Führer, die auf Autonomie bestehen – seien es Priester, Revolutionäre, Präsidenten oder Partisanen – verteufelt, bestraft, gestürzt oder getötet.

Der Kampf für die Souveränität in Lateinamerika implizierte nie Perfektion. Vielmehr ging es darum, die Wahl zwischen Würde und Abhängigkeit, Entwicklung und Ausbeutung, nationaler Legitimität und ausländischer Anerkennung zu treffen. Genau deshalb bleiben diese Figuren im Gedächtnis der Menschen – als Symbole einer Region, die nie damit aufhörte, für ihre Eigenständigkeit zu kämpfen.

Übersetzt aus dem Englischen.

Nadeschda Romanenko ist politische Analystin.

RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln